

Hermann Adam

Demokratie und Kapitalismus

Zur politischen Ökonomie der sozialen Demokratie

Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wächst¹ und die Wahlbeteiligung sinkt.² Dieser Beitrag analysiert das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen und zeigt Zusammenhänge mit der jeweiligen Wirtschaftslage auf. Daraus werden grundsätzliche Schlussfolgerungen zu den Funktionsmechanismen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie, zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus und zur Rolle der SPD abgeleitet.

Sozialdemokratische Mehrheiten – in Deutschland ein unerfüllbarer Traum?

In den 87 Jahren parlamentarischer Demokratie in Deutschland – 14 Jahre Weimarer Republik, 41 Jahre alte Bundesrepublik und 32 Jahre wiedervereinigtes Deutschland – hat die SPD bei Wahlen zum Reichs- bzw. Bundestag nie die absolute Mehrheit gewonnen. In der Weimarer Republik ging sie zwar aus sechs von acht Reichstagswahlen als stärkste Partei hervor, ihr Stimmenanteil lag aber stets unter 30%

(Ausnahme: erste Wahl 1919). Mit Philipp Scheidemann, Gustav Bauer und Hermann Müller stellte die SPD insgesamt dreimal den Reichskanzler. Sie haben zusammengerechnet jedoch nur etwa drei Jahre eine Koalitionsregierung geführt.³

In der alten Bundesrepublik erzielte die SPD bei der Bundestagswahl 1972 mit 45,8% ihr bisher bestes Ergebnis und wurde stärkste Partei. Im wiedervereinigten Deutschland ging sie 1998 mit 40,9% als Erste durchs Ziel, 2002 lag sie mit 38,5% nur ganz knapp (ca. 6.000 Zweitstimmen) vor CDU/CSU. Zuletzt wurde sie 2021 mit 25,7% ebenfalls stärkste Partei.

Eine Alleinregierung war bisher nicht möglich. Deshalb mussten Kompromisse mit Koalitionspartnern geschlossen werden. Eine stärkere Umverteilung von Einkommen und Vermögen etwa über ein progressiveres Steuersystem, wie es der SPD vorschwebt, war mit den Koalitionspartnern politisch nicht durchsetzbar.⁴

1 Vgl. Frank Decker / Volker Best / Sandra Fischer / Anne Küppers: *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019.

2 An der NRW-Landtagswahl am 15. Mai 2022 haben nur 55,5% der Wahlberechtigten teilgenommen – so wenige wie nie zuvor.

3 Vgl. Hermann Adam: *Bausteine der Politik*, Wiesbaden 2007, S. 194.

4 Vgl. Hermann Adam: «Zwischen ökonomischen Zwängen und Veränderungswünschen. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik von 1966 bis 1982», in: *perspektivends*, Heft 1/2019, S. 107 ff., abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-26096>. – ders.: «Grenzen der Umverteilung im föderalen Sechs-Parteien-Staat», in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 4/2020, S. 250 ff.

Wahlverhalten enttäuschter Wähler

Keine Regierung wird jemals alle ihre Wähler zufriedenstellen können. Dafür sind die Interessen und die Wertvorstellungen der Menschen zu verschieden. Grundsätzlich sind vier Reaktionen enttäuschter Wähler denkbar: Sie wählen

- trotzdem «ihre» Partei, wenn auch vielleicht mit geballter Faust in der Tasche. Diese Gruppe sind die Stammwähler, die ihr Leben lang ihrer Partei auch in schwierigen Zeiten treu bleiben.
- die demokratische Oppositionspartei. Dies ist das in der Demokratie erwünschte Verhalten. Denn nur wenn es Wechselwähler gibt, werden Regierungen abgelöst, und die bisherige Opposition wird Regierung (in der Politikwissenschaft alternierendes Regierungssystem genannt). Dahinter steckt bei Wechselwählern ein eher rationales Kalkül wie «Die anderen können es im Moment besser.»
- eine radikale Partei, ohne vollständig deren Positionen zu teilen und ohne eigentlich zu wollen, dass diese Partei die Regierungsgeschäfte übernimmt. Diese Wähler fühlen sich von den Parteien, die sie ursprünglich gewählt haben, im Stich gelassen und wollen sie mit ihrer Stimabgabe für eine Randpartei wachrüteln. Das Motiv könnte man umschreiben mit «Denen da oben werd' ich's mal zeigen!» (Protestwahl).
- gar nicht mehr und ziehen sich damit aus der politischen Teilnahme zurück. Dies kann entweder Ausfluss einer hohen Frustration sein und auf der persönlichen Wahrnehmung beruhen, dass sich – egal wie die Wahlen ausgehen – für einen selbst nichts ändert. Die dahintersteckende Einstellung ließe sich

mit «Ihr könnt mir alle den Buckel runter-rutschen!» charakterisieren. Nichtwahl kann aber auch daraus resultieren, dass den Regierenden in einer globalisierten Weltwirtschaft nur ein sehr enger Handlungsspielraum zuerkannt wird («die Politik ist alternativlos») und es deshalb als im Grunde als egal angesehen wird, wer regiert.

Was veranlasst Wähler, von einer demokratischen Partei zu einer Randpartei zu wechseln oder auch gar nicht mehr zur Wahl zu gehen?

Wirtschaftslage und Wahlverhalten

«It's the economy, stupid!» Diese Feststellung von James Carville, 1992 Wahlkampfmanager von Bill Clinton, brachte es auf den Punkt: Die Wirtschaftslage und wie sie von den Wählern wahrgenommen wird, ist ein wichtiger, wenn auch nicht der allein ausschlaggebende Faktor für das Wahlverhalten vieler Bürger. Schon sehr früh hat Werner Kaltefleiter auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht.⁵ Später haben eine ganze Reihe von Politikwissenschaftlern sowohl für Deutschland als auch für andere Länder ähnliche Zusammenhänge festgestellt.⁶

Für eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, egal ob unmittelbar persönlich betroffen oder auch nur als solche wahrgenommen, machen manche Wähler

5 Vgl. Werner Kaltefleiter: *Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, 2. Aufl., Köln und Opladen 1968.

6 Siehe dazu die Übersicht bei Michael S. Lewis-Beck / Martin Paldam: «Economic voting: an introduction», *Electoral Studies* 19 (2000), 113-121.

die jeweilige Regierung verantwortlich. Dabei wird das Wahlverhaltens stark vom geltenden Wahlsystem geprägt:

- In Ländern mit relativem Mehrheitswahlsystem existiert in der Regel ein Zweiparteiensystem oder zumindest dominieren zwei große Parteien. Wähler, die ihre Unzufriedenheit mit der Regierung ausdrücken wollen, votieren bei diesem Wahlsystem zum weitaus überwiegenden Teil für die andere große demokratische Oppositionspartei, weil sie wissen: Kleinere Parteien oder radikale Parteien haben nur geringe Chancen, ins Parlament einzuziehen.
- In Ländern mit Verhältniswahlsystem wie in der Weimarer Republik oder auch in der heutigen Bundesrepublik wenden sich unzufriedene Wähler teilweise von den großen Volksparteien ab und unterstützen Randparteien. Es kommt zu einer Aufsplitterung des Parteiensystems. Randparteien ziehen in die Parlamente ein und erschweren eine Koalitionsbildung.

Die deutsche Geschichte ist ein Musterbeispiel dafür, wie Unzufriedenheit und Enttäuschung mancher Wähler, die häufig mit der wahrgenommenen Wirtschaftslage zusammenhängen, zu einer Aufsplitterung des Parteiensystems geführt haben. In den ersten 25 Jahren der alten Bundesrepublik herrschte wirtschaftlich eine Ausnahme-situation. Die Zahl der Arbeitslosen sank von Jahr zu Jahr, 1960 war Vollbeschäftigung erreicht. Die Realeinkommen und damit der Wohlstand stiegen jedes Jahr, und das bei allen (!) Bevölkerungsgruppen. So kam es zur Konzentration auf ein 2 ½-Parteiensystem.

Dieser ununterbrochene wirtschaftliche und soziale Aufstieg für alle wurde

mit der Rezession 1966/67 jäh unterbrochen. Schon diese erste kleine Nachkriegsrezession 1966/67 katapultierte die 1964 gegründete rechtsradikale NPD in sieben Landtage⁷ – ein Reflex der Unzufriedenheit mit der regierenden CDU, die viele Wähler für die Krise verantwortlich machten.

Bei der Bundestagswahl 1969 kamen CDU/CSU auf 48,5%, die NPD auf 4,3%. Ca. 774.000 Stimmen fehlten der CDU/CSU zur absoluten Mehrheit. Vieles spricht dafür, dass ein Großteil der 1,4 Millionen NPD-Wähler von der CDU/CSU abgewandert ist.⁸ Weil sich rechts von der CDU eine Partei bildete, die beachtliche Stimmenerfolge erzielte, wurde die Bildung der sozial-liberalen Koalition mit Hilfe der FDP möglich.

13 Jahre später erlitt die SPD als führende Regierungspartei das gleiche Schicksal wie 1969 die CDU/CSU. Die Unzufriedenheit bei zahlreichen SPD-Wählern war gewachsen, weil im Zuge der Ölkrisen 1973/74 und 1980/81 die Arbeitslosigkeit gestiegen und die Realeinkommen gesunken waren. Hinzu kam, dass die 68er-Studentenbewegung von der pragmatischen Realpolitik der SPD enttäuscht war und ihren Unmut durch Unterstützung der Grünen, einer Partei, die sich neu und links von der SPD gebildet hatte, ausdrückte. Die Grünen hatten weite Teile der neuen sozialen Bewegungen wie der Umwelt- und

7 Vgl. Reinhard Kühnl / Rainer Rilling / Christine Seeger: *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1969, S. 71.

8 Zu den Faktoren, die den Stimmenzuwachs der SPD bewirkt haben, siehe Hermann Adam: *Der Weg an die Macht und ihr Verlust. Das Dilemma der SPD im parlamentarischen Regierungssystem*, in: *perspektivends*, Heft 1/2020, S. 124 ff., abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-28931>

Friedensbewegung aufgesogen und mobilisierten zu einem großen Teil junge Wähler, die früher SPD gewählt hatten.⁹

Massenarbeitslosigkeit, Wahlenthaltung und zunehmende Unzufriedenheit

Die Bundestagswahl 1983 und die Jahre danach markierten gleich in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur:

- Erstens wurde aus dem anfänglichen 2 ½-Parteiensystem durch den Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 ein 2+2-System: zwei Parteien, die die Regierung bildeten (CDU/CSU + FDP), und zwei Oppositionsparteien (SPD + Grüne) ohne reale Chance, in absehbarer Zeit die Regierung ablösen zu können. Denn die Grünen verstanden sich anfangs als Fundamentalopposition und wollten mit der SPD keine Koalition eingehen. Die Grünen-Wähler, die die Nachrüstung¹⁰ verhindern wollten, hatten das genaue Gegenteil erreicht. Unter den neuen Mehrheiten im Bundestag fand die Nachrüstung erst recht im Bundestag eine Mehrheit. Und Helmut Kohl saß für 16 Jahre fest im Sattel.
- Zweitens begann die Wahlbeteiligung zu sinken. 1972 hatte sie bei der Bundes-

tagswahl mit 91 % ihren bisherigen Spitzenwert erreicht. Ab den 1980er-Jahren sank sie immer weiter. In den 2010er-Jahren lag sie nur noch bei 74 %.

- Drittens nahm die Entfremdung der Bürger von den Politikern zu. Als Gradmesser für die Entfremdung können die Antworten auf die Frage gelten: «Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Bonn/Berlin die Interessen der Bevölkerung vertreten oder haben sie andere Interessen, die sie vertreten?» Noch in den 1970er-Jahren antworteten immerhin rund die Hälfte der Befragten, die Abgeordneten würden die Interessen der Bürger vertreten, und nur weniger als 30 % vertraten die Auffassung, dass sie andere Interessen verfolgten. In den folgenden Dekaden schwand das Vertrauen in die Politiker zusehends. In den 1980er glaubte nur noch ein gutes Drittel, die Politiker würden sich für die Interessen der Bevölkerung einsetzen, in den 2000er-Jahren waren es nur noch 25 %.

Der gewachsene Vertrauensverlust gegenüber der Politik ist leicht zu erklären. Anfang der 1980er-Jahre glaubten viele Bürger, die rasant gestiegene Arbeitslosigkeit sei Ergebnis einer falschen Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition. Umso enttäuschter waren diese Wähler, die dieser Erzählung der CDU/CSU geglaubt hatten, als die von ihr versprochene Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in der Kohl-Ära ausblieb. Dabei hatten die Arbeitsmarktexperten schon frühzeitig prognostiziert, dass 1985 die Arbeitslosenzahl auf 1,8 Millionen steigen wird.¹¹ Helmut Kohl hatte etwas versprochen, wovon er hätte wissen

9 Vgl. hierzu Helmut Vogt / Pavel Uttitz: «Die Wähler der Grünen: Systemkritischer neuer Mittelstand», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 15, Heft 2/1984, S. 210–226, hier insbes. S. 215 ff.

10 Mit Nachrüstung wurde die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa als Antwort auf die sowjetischen SS-20-Raketen bezeichnet. Trotz jahrelanger Proteste und mehrerer Großdemonstration im Bonner Hofgarten konnte die Nachrüstung nicht verhindert werden. Die Politik hielt an ihrem Kurs fest, zu Recht, denn die apokalyptischen Befürchtungen der Friedensbewegung von damals haben sich nicht bewahrheitet.

11 Vgl. Lutz Reyher: «Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren», in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Heft 10/1981, S. 614.

müssen, dass er es nicht halten konnte. Ähnliche unrealistische Erwartungen hatte er später bei den Bürgern geweckt, als er

- im Bundestagswahlkampf 1990 ankündigte, zur Finanzierung der deutschen Einheit keine Steuern zu erhöhen. Doch kurz nach der Wahl wurde der Solidaritätszuschlag eingeführt.
- in seiner Fernsehansprache am 1. Juli 1990 den Menschen in der ehemaligen DDR versprach: «Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.»¹² Das ist so nicht eingetreten. Es gibt zwar klare Gewinner, aber auch viele Verlierer der Einheit.

Die CDU/CSU glaubte, die Wirtschaftswunderjahre der Nachkriegszeit ließen sich beliebig in die Zukunft verlängern und sogar auf die neuen Bundesländer übertragen. Doch die Wiederaufbauphase, in der alle (!) in einem Aufzug nach oben fuhren und die Realeinkommen aller von Jahr zu Jahr stiegen, war eine Sondersituation expansiven Wachstums, die nicht wiederholbar war. Nicht mehr Wohlstandszuwachs für alle, sondern Gewinner und Verlierer wurden gesellschaftliche Realität. Das wirkte sich spürbar auf das Wahlverhalten und das Parteiensystem aus.

Ausnahmewahl 1998

Bei der Bundestagswahl 1998 hatten Bündnis 90 / Die Grünen ihre Gründerjahre hinter sich gelassen und waren zu ei-

12 Die Rede ist nachzulesen auf der Website der Konrad-Adenauer-Stiftung unter: Konrad-Adenauer-Stiftung – Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl am 1. Juli 1990 (kas.de) (13.07.2022)

ner «normalen», d. h. pragmatisch handelnden Partei geworden. Basisdemokratische Elemente wie die Rotation auch der Bundestagsabgeordneten¹³ und die Öffentlichkeit aller Gremiensitzungen – alles Regelungen, die dem Rätegedanken der Neuen Linken entlehnt waren – hatte die Partei wieder abgeschafft.¹⁴ Die Grünen wollten (mit)regieren und waren bereit, in eine Regierung einzutreten und Kompromisse zu schließen. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) galt in den Augen der Wähler als Partei der politischen Klasse der ehemaligen DDR. Somit trat bei dieser Wahl keine radikale Randpartei mit einer realen Chance an, den etablierten Parteien nennenswerte Stimmen wegzunehmen. Die Wähler hatten nur die Option, entweder die Regierung Kohl ein weiteres Mal im Amt zu bestätigen oder die demokratische Opposition zu wählen.

Letzteres geschah dann auch. Die Bundestagswahl 1998 brachte zum ersten und bisher einzigen Mal eine komplette Ablösung der bisherigen Regierung (nach anderen Wahlen blieb entweder die alte Koalition oder es wurde nur ein Koalitionspartner ausgetauscht!) Für die Abwahl Helmut Kohls waren mehrere Faktoren ausschlaggebend:

- Im Vergleich zu früheren Wahlen hatte Helmut Kohl in der Bevölkerung erheblich an Popularität eingebüßt. Die von

13 Die gewählten Bundestagsabgeordneten sollten nach einer gewissen Zeit ausscheiden, dafür die nächsten auf der Landesliste stehenden Kandidaten in den Bundestag nachrücken.

14 Den Wandlungsprozess der Grünen beschreibt Andreas Stifel: *Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung. Bündnis 90 / Die Grünen als politische Partei und soziokulturelles Phänomen*, Wiesbaden 2018.

Kohl in seiner Fernsehansprache am 1. Juli 1990 versprochenen «blühenden Landschaften»¹⁵ waren ausgeblieben. Im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitslosen betrug 1997 mehr als 4,384 Millionen (11,4%).¹⁶

- Mit von den Medien gern aufgegriffenen Aussagen wie «Wir wollen nicht alles anders, sondern vieles besser machen»¹⁷ und «Es gibt keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch eine moderne oder unmoderne»¹⁸ nahm Gerhard Schröder CDU- und FDP-nahen Wählern die Angst vor einer SPD-geführten Regierung. So gelang es der SPD, das Bild einer «besseren CDU» abzugeben. Dadurch gewann sie drei Millionen Wähler vor allem von CDU, CSU und FDP und aus der Nicht-Wählerschaft neu hinzu.¹⁹

Die Mitte – was ist das eigentlich?

Noch mehr als 1969 hat die Bundestagswahl 1998 bestätigt: Wahlen werden «in der Mitte» gewonnen. Je mehr die SPD das bürgerliche Spektrum anspricht, desto

mehr Wähler kann sie mobilisieren. Konkret bedeutet das: Die SPD darf keinen Zweifel aufkommen lassen, dass sie das repräsentative parlamentarische System und den sozial eingehegten Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, bejaht. Kurz: Die SPD muss eine Partei der Mitte sein.

Die Verwendung des Begriffs «Mitte» oder «politische Mitte» oder auch «neue Mitte» wird von einigen als zu unbestimmt oder als Abschied von der Utopie kritisiert²⁰. Doch Mitte lässt sich definieren als eine politische Position, die folgendes akzeptiert:

- die parlamentarische Demokratie und dabei insbesondere das Prinzip der Repräsentation,
- das kapitalistische Wirtschaftssystem und dabei insbesondere das Wirtschaften privater, öffentlicher und gemeinnütziger Unternehmen nach dem Minimalkostenprinzip,²¹
- Koalitionen mit anderen Parteien der Mitte und Kompromisse mit ihnen.

Nach der Jahrtausendwende: neue (alte) Randparteien

Auch in den ersten zwanzig Jahren des 21. Jahrhunderts folgte der Ausgang der Wahlen dem aufgezeigten Muster. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 verlor die SPD nach 39 Jahren Regierung ihr Stammland. Wie bei der

15 Vgl. Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl am 1. Juli 1990, abrufbar unter Konrad-Adenauer-Stiftung – Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl am 1. Juli 1990 (kas.de) (18.9.2022)

16 Bundesagentur für Arbeit (Hg.): *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Strukturmerkmale)*, Nürnberg 2022, Tabellen 1.1 und 2.1.1.

17 Vgl. Karl-Ludwig Günsche: «SPD, neu justiert», *Die Welt*, 9.10.1998, abrufbar unter: welt.de: <https://is.gd/yR6vsS> (15.7.2022).

18 *Der Spiegel*, 21/1997, S. 92.

19 Vgl. Gero Neugebauer / Richard Stöss: «Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?», in: Oskar Niedermayer (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen 1999, S. 132.

20 Vgl. z.B. Kurt Lenk: «Vom Mythos der politischen Mitte», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 38/2009*, S. 15 ff.

21 Vgl. Hermann Adam: «Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie», in *perspektivends*, Heft 1/2021, abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-33101>.

Bundestagswahl 1983 wanderten in NRW 270.000 frühere SPD-Wähler zur CDU und 57.000 zu einer neu gegründeten Partei links von der SPD²², die sich «Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)» nannte und sich aus zahlreichen kleinen, SPD-kritischen linken Gruppen zusammensetzte. Selbst wenn die WASG nicht gegründet und alle deren Wähler ihre Stimmen (181.988 bzw. 2,2 %) für die SPD abgegeben hätten, wäre eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition nicht möglich gewesen. Zu groß waren die Verluste an die CDU und die Zahl der früheren Nichtwähler, die die CDU für sich mobilisieren konnte.

Ursächlich für die Niederlage der Regierungspartei SPD war – wieder einmal – die Wirtschaftslage. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung war groß. Bei allen wichtigen Themen (Arbeitslosigkeit, Sicherung der Renten, Ankurbelung der Wirtschaft, soziale Sicherung, Gesundheitsvorsorge, Senkung der Steuern) lag die Quote der Unzufriedenen bei mindestens zwei Drittel, teilweise weit höher.²³

Dieses schlechte Stimmungsbild schlug sich auch im Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 nieder. Die SPD verlor gegenüber der vorherigen Wahl 2,3 Millionen Stimmen, davon 970.000 an die Linke / PDS, 630.000 an CDU/CSU und – nicht zu vernachlässigen – 370.000, die 2002 SPD gewählt hatten, blieben der Wahl fern.²⁴ So wurden CDU/CSU wieder –

wenn auch nur hauchdünn – zur stärksten Partei. Erneut – wie schon 1983 – hatten Wähler, die von der SPD zu einer neu entstandenen, links von ihr stehenden Partei abgewandert waren (im Glauben, damit die SPD von der Mitte nach links rücken und so eine linke Politik in Deutschland herbeiführen zu können), den Weg für eine 16-jährige CDU-Kanzlerschaft geebnet, diesmal der von Angela Merkel.

Aus der Sicht von Wählern, die erwarteten, mit ihrer Stimme die künftige Regierung und die Richtung der Politik bestimmen zu können, musste es besonders enttäuschend gewesen sein, dass nach der Wahl 2005 eine große Koalition gebildet wurde. CDU/CSU und SPD hatten zusammen über vier Millionen Stimmen eingebüßt. Dazu gewonnen hatten alle kleineren Parteien – die FDP, die Linke / PDS und die Grünen. Trotzdem regierten die Wahlverlierer CDU/CSU und SPD die nächsten vier Jahre das Land – eine Folge des Verhältniswahlrechts, bei der die Bürger nur ein Parlament und nicht die Regierung wählen.

Noch frustrierender musste es für die Wähler beider Parteien sein, dass Wahlversprechen gebrochen werden mussten, damit die Koalition überhaupt zustande kam. Die CDU hatte auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 ein wirtschaftsliberales Programm beschlossen, das u. a. statt des bisherigen Progressionstarifs der Einkommensteuer einen Stufentarif mit Steuersätzen von zwölf, 24 und 36 % vorsah. Ferner wollte sie die bei der gesetzlichen Krankenversicherung die prozentual nach dem

Struktur und Motive des Wechsels», in: Oscar W. Gabriel / Bernhard Weßels / Jürgen W. Falter (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden 2009, S. 231.

22 Vgl. im Einzelnen Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann: «Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai 2005: Schwarz-Gelb löst Rot-Grün ab», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 37, Heft 1/2006, S. 163 ff.

23 Ebenda, S. 168.

24 Jürgen Hofrichter / Michael Kunert: «Wählerwanderung bei der Bundestagswahl 2005: Umfang,

Einkommen gestaffelten Beiträge durch eine einheitliche Kopfpauschale (Gesundheitsprämie) von monatlich 200 Euro ersetzen. Beides war in einer Koalition mit der SPD nicht umsetzbar. Die SPD wiederum hatte vor der Wahl eine Erhöhung der Mehrwertsteuer grundsätzlich abgelehnt, die CDU hatte im Wahlkampf eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 18% vorgeschlagen. Im Koalitionsvertrag einigte man sich nicht auf etwas dazwischen, sondern auf 19%, weil wegen des defizitären Haushalts unbedingt Steuermehreinnahmen generiert werden mussten. Wen wundert es da noch, dass manche Menschen sich von der Politik abwenden und nicht mehr wählen gehen?

Bundestagswahl 2013: «Sie kennen mich»

Die Bundestagswahl 2013 bestätigte erneut, wie eine als positiv wahrgenommene Wirtschaftslage zusammen mit dem Persönlichkeitsfaktor des Spitzenkandidaten zur Wiederwahl der führenden Regierungspartei beiträgt.

- Die Arbeitslosenzahl war von knapp 4,9 Millionen (2005) auf knapp drei Millionen zurückgegangen, die Arbeitslosenquote von 11,7% (2005) auf 6,9% gesunken. Fast die Hälfte der Bevölkerung schätzte die allgemeine Wirtschaftslage positiv ein, fast jeder Vierte rechnete sogar mit einer Verbesserung im kommenden Jahr. Auch ihre persönliche Situation beurteilten sechs von zehn Wählern als günstig.²⁵

25 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: «Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestags-

- Aus dem schlechten Wahlergebnis von 2005 hatte Angela Merkel ihre Lehren gezogen. Das wirtschaftsliberale Programm des Leipziger Parteitages der CDU wurde von ihr nicht länger verfolgt, im Gegenteil: Angela Merkel betrieb die «Sozialdemokratisierung der Union» und blockte das Lieblingsprojekt der FDP, allgemeine Steuersenkungen, ab. Damit erzielte Angela Merkel das beste Ergebnis ihrer gesamten Amtszeit. Nur knapp verfehlte sie mit 41,5% der Zweitstimmen die absolute Mehrheit²⁶ – ein Beleg dafür, wie sich die Mitte-Orientierung einer Volkspartei zusammen mit einer als vertrauenswürdig erachteten Spitzenkandidatin auszahlt.²⁷ Angela Merkel hatte die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie verstanden und wusste sie für sich zu nutzen. So beendete sie am Ende des TV-Duells mit ihrem Herausforderer Peer Steinbrück (SPD) ihr Statement mit dem Satz: «Sie kennen mich.» Das reichte vollkommen aus, um bei vielen Zuschauern Vertrauen zu mobilisieren und in Stimmen für die CDU umzumünzen.

Allerdings hatte Angela Merkel mit ihrer Euro-Rettungspolitik einige Wähler im national-konservativen und wirtschaftsliberalen Spektrum verprellt. Noch am 25. März 2010 hatte sie im Bundestag bekräftigt, mit ihr würde es keine direkten Finanzhilfen für Griechenland geben. Am Abend desselben Tages stimmte sie jedoch auf

wahl 2013», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Vol. 45, No. 1 (2014), S. 102.

26 Da FDP und AfD an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten, fehlten CDU/CSU nur fünf Sitze zur Kanzlermehrheit.

27 Vgl. Matthias Jung / Yvonne Schroth / Andrea Wolf: «Angela Merkles Sieg in der Mitte», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48-49/2013, S. 11.

dem EU-Gipfel dem ersten Rettungspaket für Griechenland zu. Das wird von Parteienforschern als Auslöser für die am 14. April 2013 erfolgte Gründung der neuen Partei rechts von CDU/CSU, der Alternative für Deutschland (AfD), gesehen.²⁸ Von allen anderen Parteien hatten CDU/CSU im Vergleich zu 2009 Wähler hinzugewonnen, aus dem Lager der Nichtwähler sogar am meisten, nämlich 1,13 Millionen. Nur an die neu gegründete AfD hatten CDU/CSU 290.000 Wähler verloren. Und noch mehr waren von der FDP zur AfD gewechselt, nämlich 430.000.²⁹ Das erklärt sich daraus, dass die AfD von wirtschaftsliberalen Professoren gegründet wurde, die die Euro-Rettungspolitik scharf kritisierten.

Zweifellos wollten die Wähler, die 2013 von CDU/CSU und FDP abgewandert sind und der AfD ihre Stimme gegeben hatten, die bürgerlichen Parteien wieder zu einem wirtschaftsliberaleren Kurs vor allem in der EU bewegen. Doch das genaue Gegenteil haben sie erreicht. Die CDU/CSU rückte nicht wieder nach rechts, sondern sie regierte die nächsten acht Jahre zusammen mit der SPD, weil eine der alten Lagerkoalitionen Schwarz-Gelb oder Rot-Grün keine Mehrheit mehr hatte.

Bundestagswahl 2021: Neuer, aber schon bekannter Kanzler

Die Bundestagswahl 2021 kann in gewisser Weise als Wiederholung des «Sie-ken-ken-mich-Faktors» gewertet werden – nur

mit dem Unterschied, dass er sich diesmal zugunsten der SPD auswirkte. Erstmals seit 1949 trat der amtierende Kanzler, in diesem Fall die Kanzlerin, nicht mehr zur Wahl an. Viele Wähler entschieden sich deshalb für den Spitzenkandidaten, den sie am besten kannten: für den Vizekanzler Olaf Scholz. 36 % der SPD-Wähler erklärten, sie hätten ihr Kreuz bei der SPD wegen ihres Spitzenkandidaten gemacht – ein typisches Motiv für nicht parteigebundene Wechselwähler, ohne deren Stimmen eine Wahl nicht zu gewinnen ist. So kamen von den 2,2 Millionen Stimmen, die die SPD im Vergleich zu 2017 hinzugewann, allein über 1,5 Millionen von ehemaligen CDU/CSU-Wählern.³⁰ Begünstigt wurde die Wahl des Spitzenkandidaten durch eine trotz Corona als gut wahrgenommene Wirtschafts- und Beschäftigungslage. 59 % empfanden die Wirtschaftslage 2021 als gut, 2005 waren es nur 15 % gewesen.³¹

Zwischenfazit

Die Wahl von Randparteien wie der AfD oder der Linken hat nicht dazu geführt, dass die SPD wieder linker und die CDU wieder rechter wurden. Im Gegenteil: Stimmen für die rechte Randpartei haben die SPD, Stimmen für linke Randparteien die CDU an die Macht gebracht. Seit 2013 erzwang die Existenz von Randparteien lagerübergreifende Koalitionen der Mitte. Weniger als je zuvor bestimmen die Wähler mit ihrer Stimme, welche Partei regiert. Das

28 Vgl. Oskar Niedermayer: «Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland», in: ders. (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden 2015, S. 177.

29 Analysen Wählerwanderung Bundestagswahl 2013 (tagesschau.de).

30 Vgl. Catrina Schläger / Martin Güttler / Jan Niklas Engels: *Analyse zur Bundestagswahl 2021. Eine historische Bundestagswahl mit rotem Comeback*, Berlin 2021 (FES Diskurs), S. 10 und 12.

31 Zahlen von InfratestDimap, Bundestagswahl 2021 (tagesschau.de) (28.8.2022).

entscheiden vielmehr nach der Wahl die Führungsgremien der Mitte-Parteien, auch wenn deren Beschluss häufig noch von einem Mitgliederentscheid abgesegnet wird.

Wahlprogramme, für die sich im Wesentlichen nur die aktiven Parteimitglieder interessieren, werden für den Wahlausgang immer unwichtiger. Denn den Wählern ist längst bewusst, dass alle Parteien in Koalitionsverhandlungen nach der Wahl Abstriche an ihren Vorhaben machen müssen und große Teile dessen, was sie versprechen, nicht realisieren können. So glaubten 87 % in einer Befragung des MDR im September 2021 nicht daran, dass die Wahlversprechen tatsächlich umgesetzt werden.³² Wahlen werden für Wechselwähler immer mehr zu Sympathie- und Vertrauensbekundungen für eine Person («Sie kennen mich»). Der Spitzenkandidat oder die Spitzenkandidatin, die Kompetenz, die die Wähler ihm/ihr zuschreiben, und die wahrgenommene Wirtschaftslage («It's the economy, stupid!») sind in ihrem Zusammenwirken die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für den Wahlausgang.

Sinkende und sozial selektive Wahlbeteiligung

Da den «Regierungen der Mitte» nicht nur Parteien des gleichen, sondern auch des anderen demokratischen politischen Lagers angehören³³ und jede eine Vetoposition innerhalb der Regierung einnehmen

kann, tut sich dieser Regierungstyp schwer, einen radikalen politischen Kurswechsel zu vollziehen. Zusätzliche Hindernisse kommen im politischen System Deutschlands in Gestalt weiterer Vetospieler³⁴ hinzu: Der Bundesrat, der in der Steuer- und Finanzpolitik ein gewichtiges Wort mitzureden hat, aber auch die nicht-majoritären Institutionen wie die Europäische Zentralbank und das Bundesverfassungsgericht. Alle engen den Handlungsspielraum der Regierung ein.³⁵ Zudem begrenzt die Einbindung Deutschlands in die EU die inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Gesetzgebung.³⁶ In Deutschland herrscht eine sich auf mehrere Ebenen erstreckende Konsens- und Verhandlungsdemokratie: Von der Gemeinde, über die Bundesländer, die Bundesebene bis hin zur EU kommen politische Entscheidungen in Verhandlungen mit vielen Beteiligten zustande. Das alles macht politische Entscheidungsprozesse kompliziert und langwierig und fördert bei einem Teil der Bürger die Entfremdung vom politischen System.

Einzelne Intellektuelle wie der Soziologe Harald Welzer, der Philosoph Richard David Precht und der damalige Chefredakteur des Handelsblatts Gabor Steingart haben vor der Bundestagswahl 2013 öffentlich erklärt, nicht mehr wählen zu gehen.³⁷ Mit

32 Meinungsbarometer MDR fragt zum Wahlkampf: Neun von zehn zweifeln an Versprechen der Politiker | MDR.DE (24.8.2022).

33 Auch die sozial-liberale Koalition war spätestens, nachdem die wirtschaftsliberalen Kräfte um Otto Graf Lambsdorff in der FDP wieder die Oberhand gewonnen hatten, eine lagerübergreifende Koalition.

34 Als Vetospieler werden in der Politikwissenschaft politische Akteure bezeichnet, die in der Lage sind, politische Entscheidungsprozesse aufzuhalten und damit die Regierungs- bzw. Steuerungsfähigkeit politischer Systeme massiv zu beeinträchtigen.

35 Vgl. dazu näher Hermann Adam: *Wirtschaftspolitik. Eine Einführung*, Wiesbaden 2022, S. 44 ff.

36 Vgl. Florian Grötz / Wolfgang Schroeder: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2021, S. 74.

37 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: *Sinkende Wahlbeteiligung in*

ihrem Bekenntnis haben sie seinerzeit zwar große Aufmerksamkeit erregt. Unter den Nichtwählern dürften sie als Intellektuelle indessen eine verschwindend kleine Minderheit bilden. Den größten Teil der Nichtwähler stellen Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Bildung. Sie gehen sehr viel häufiger nicht zur Wahl als Angehörige der Mittel- und Oberschicht mit durchschnittlichem bzw. überdurchschnittlichem Einkommen und/oder höherer Bildung.³⁸ Das ist das eigentliche Problem der niedrigen Wahlbeteiligung: Sie erstreckt sich nicht gleichmäßig über alle sozialen Schichten, sondern ist zu Lasten der sozial Benachteiligten verzerrt.

Die Wählerschaft ist damit kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung mehr. Das war früher anders. Noch bei der Bundestagswahl 1983 betrug der Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung des obersten zum untersten Einkommensdrittel nur vier Prozentpunkte, 2009 waren es 26 Prozentpunkte.³⁹ Zum einen haben der Bundestag und die von ihm gewählte Regierung dadurch eine geringere Legitimationsbasis. Zum anderen leidet darunter die Responsivität, d. h. die Bereitschaft der gewählten Politiker, die Belange aller Bevölkerungsschichten bei der politischen Kompromissfindung zu berücksichtigen. In einer viel beachteten Studie⁴⁰ hat Lea Elsässer für den Zeitraum von 1980 bis 2013 belegt: Diejenigen, die sich immer stärker

Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge, Berlin 2016, S. 8f. – WD 1 – 3000 – 008/15.

38 Vgl. Armin Schäfer: «Wahlbeteiligung und Nichtwähler», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48–49/2013, S. 44.

39 Ebenda.

40 Vgl. Lea Elsässer: *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 2018.

aus der politischen Teilnahme zurückgezogen haben und nicht mehr wählen gehen – Menschen mit niedrigem Einkommen und geringer Bildung – sehen ihre politischen Vorstellungen weitaus seltener berücksichtigt als Angehörige der Mittel- und Oberschicht. Zugespitzt charakterisierten die Forscher des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung das politische System der Bundesrepublik als «Regierung des Volkes durch Eliten für die Reichen»⁴¹ und modifizierten damit die klassische Demokratie-Definition von Abraham Lincoln («government of the people, by the people, for the people»).

Mit der seit den 1980er-Jahren sinkenden Wahlbeteiligung steht Deutschland allerdings nicht allein in der Welt. Auch in alten Demokratien geht ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung in der Regel nicht zur Wahl. Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA schwankte die Wahlbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 49 und 63%. Mehr als ein Drittel gibt somit bei der Wahl des mächtigsten Mannes der westlichen Welt seine Stimme nicht ab. Vierzig Jahre lang, nämlich von 1972 bis 2012, lag die Wahlbeteiligung bei den US-Präsidentschaftswahlen sogar unter 60%.

Auch in Großbritannien ist die Wahlbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg gesunken – von 84% (1950) auf zuletzt 67,3% (2019). 2001 war sie sogar auf unter 60% (59,4%) gefallen.⁴² Und in der Schweiz ist die Beteiligung an den Nationalratswahlen noch geringer: Sie fiel von

41 Lea Elsässer / Svenja Hense / Armin Schäfer: «Government of the People, by the Elite, for the Rich», *MPIfG Discussion Paper* 18/5.

42 Vgl. Roland Sturm: *Das politische System Großbritanniens*, 2. Aufl., Wiesbaden 2017, S. 194.

72,4 % (1947) auf zuletzt 45,1 % (2019).⁴³ Auch an der Vielzahl der in der Schweiz durchgeführten Volksabstimmungen ist die Beteiligung gering. Im letzten Jahrzehnt von 2010 bis 2019 lag die Beteiligung der Schweizer Bürger an einer Volksabstimmung in den meisten Fällen unter 50%.⁴⁴

Allerdings ist es auch legitimes Recht eines jeden Bürgers, sein Wahlrecht nicht auszuüben. Anders als in der ehemaligen DDR, in der Bürger, die nicht wählen gehen wollten, am Wahltag von der Volkspolizei zu Hause abgeholt und zum Wahllokal begleitet wurden, damit sie ihre Stimme abgaben⁴⁵, ist es in den westlichen Demokratien ein Zeichen von Freiheit, wenn Bürger nicht zur politischen Partizipation gezwungen werden. Problematisch ist aus demokratietheoretischer Sicht nicht das Nichtwählen an sich, sondern – wie gezeigt – die sozial-selektive Verzerrung der Nicht-Wähler.

Wohlstand für alle – ein unerfüllbares Versprechen?

Der Rückgang der Wahlbeteiligung der benachteiligten Schichten fällt zeitlich mit der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit ab den 1980er-Jahren zusammen. Das spricht für die These des amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset,

der in einem ausreichenden wirtschaftlichen Wohlstand aller Bürger eines Landes eine wichtige Voraussetzung für das dauerhafte Bestehen einer Demokratie sah.⁴⁶ Das führt zur Grundsatzfrage: Lässt sich im Kapitalismus überhaupt auf Dauer Wohlstand für alle sicherstellen und dauerhaft Vollbeschäftigung gewährleisten?

In zwei Ländern haben regierende Sozialisten bzw. Sozialdemokraten in den 1980er- und 1990er-Jahren versucht, der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden: in Frankreich und in Schweden. 1981 kam es in Frankreich erstmals seit Bestehen der V. Republik zu einem politischen Machtwechsel. Der Sozialist François Mitterand gewann im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahl gegen Valéry Giscard d'Estaing. Einen Monat später errangen die Sozialisten (Parti Socialiste = PS) gemeinsam mit ihrem Partner Mouvement radical de gauche (MRG) die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung.⁴⁷ Der Weg für eine linke Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik war frei.

Mit zahlreichen Instrumenten versuchten die Sozialisten, ihre Vorstellungen von einer «sozial gerechten» Wirtschaft umzusetzen: höhere Mindestlöhne, Verbesserung zahlreicher Sozialleistungen, darunter die Rente mit 60, Schaffung von 180.000 zusätzlichen Stellen im Öffentlichen Dienst, Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden, eine zeitlich begrenzte Sonderabgabe auf Höchststein-

43 Bundesamt für Statistik der Schweiz, Nationalratswahlen: Wahlbeteiligung – 1919–2019 | Tabelle | Bundesamt für Statistik (admin.ch) (29.8.2022).

44 Eine Liste der Volksabstimmungen in der Schweiz mit ihren Ergebnissen findet sich auf Wikipedia.

45 So die Schilderung des Kabarettisten Dieter Hallervorden, der 1958 aus der DDR geflohen war, in der ARD-Sendung IM GESPRÄCH mit Sandra Maischberger am 15.09.2021: DIETER HALLERVORDEN IM GESPRÄCH MIT SANDRA MAISCHBERGER, ARD Mediathek (28.08.2022).

46 Vgl. Seymour Martin Lipset: *Political Man. The Social Bases of Politics*, New York 1960, S. 31: «... democracy is related to the state of economic development. The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.»

47 Vgl. Wichard Woyske: «Das sozialistische Zwischenspiel. Frankreich 1981 bis 1986», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 4/1986, S. 469 ff.

kommen sowie Sondersteuern auf Spekulationsgewinne. Selbstverständlich fehlte auch nicht das Lieblingsinstrument linker Sozialisten: zwölf Industriekonzerne und 39 Banken wurden verstaatlicht in der Erwartung, über staatliche Unternehmen der Wirtschaft einen Modernisierungs- und Wachstumsschub geben zu können.⁴⁸

Doch mit all diesen Maßnahmen ist die linke Regierung gescheitert: Die Verbraucherpreise stiegen um mehr als 14%. Die Exporte brachen ein, weil die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen schwand. Unter anderem deshalb wuchs das Außenhandelsdefizit. Die Staatsverschuldung explodierte und die Arbeitslosenquote stieg von 7,3% (1981) auf 10,5% (1985). Schon nach einem Jahr musste die Regierung ihren Kurs korrigieren. Nach einem weiteren Jahr vollzog sie sogar eine radikale Wende hin zu einer klassisch neoliberalen, angebotsorientierten Politik. So wurden die Sozialausgaben kräftig gekürzt, dafür die Gewinne der Unternehmen deutlich gesteigert. Der Franc musste mehrmals abgewertet werden.⁴⁹ Mit sozialistischer Wirtschaftspolitik hatte all dies nichts mehr zu tun.

Im sozialdemokratisch regierten Schweden herrschte in den 1980er-Jahren immer noch Vollbeschäftigung. Damit war Schweden eine Ausnahme, denn in anderen Ländern waren zu dieser Zeit bereits hohe Arbeitslosenquoten zu verzeichnen. Das Instrument, das die Schweden jahrzehntelang

einsetzten, war eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Für Arbeitnehmer, die im Zuge des Strukturwandels ihren Arbeitsplatz verloren, gab es zahlreiche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die sie in die Lage versetzten, einen neuen Job zu übernehmen. Hinzu kamen viele Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor. Um trotz hoher Lohnstückkosten, Steuerlasten und Sozialstandards die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, wurde die Schwedenkrone mehrfach abgewertet, 1982 z. B. um 16%.

Dies änderte sich zu Beginn der 1990er-Jahre. Der Internationale Währungsfonds hatte Schweden Sanktionen angedroht, wenn es die Krone zukünftig erneut abwerten würde. Die Regierung band daraufhin den Wechselkurs der Krone an den Indexwert der Währungen der 15 wichtigsten Handelspartner und gelobte, künftig auf Abwertungen zu verzichten. Als dieses wichtige Element des schwedischen Modells – die Abwertung – entfallen war, blieb auch Schweden von Problemen auf dem Arbeitsmarkt nicht verschont. Die Arbeitslosenquote schnellte bis 1997 auf die bis dahin nie gekannte Marke von fast 10%. Erhebliche Einschnitte ins soziale Netz waren nicht zu vermeiden: das Arbeitslosengeld und die Lohnersatzleistungen im Krankheitsfall wurden gekürzt, Karenztage im Krankheitsfall eingeführt, die öffentliche Beschäftigung abgebaut. Man sprach vom größten Kurswechsel in der schwedischen Wirtschaftspolitik⁵⁰, hin zu einer angebotsorientierten, neoliberalen Strategie.

48 Vgl. Henrik Uterwedde: «Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich 1981–1985: Modernisierung der Volkswirtschaft und des Sozialismus?» in: *Zeitschrift für Politik*, Heft 1/1987, S. 67.

49 Näher dazu Henrik Uterwedde: *Die Wirtschaftspolitik der Linken in Frankreich. Programm und Praxis 1974–1986*, Frankfurt a. M. / New York 1988, S. 138 ff.

50 Vgl. Erik Gurgsdies: «Schweden. Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat», in: Thomas Meyer (Hg.): *Praxis der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2006, S. 79 ff. Siehe auch Stefan Sjöberg: *Die Schwedische Erfahrung: Niedergang des «Volksheimes»*, Referat für den Internationa-

Wirtschaftskrisen sind regierungs- und systemunabhängig

Diese beiden Beispiele, aber auch die Entwicklung in allen reichen Industrienationen der letzten fünfzig Jahre belegen: Keiner Regierung, egal welcher Couleur, ist es gelungen, Vollbeschäftigung und damit Wohlstand für alle zu sichern. Für Kapitalismuskritiker liegt die Ursache hierfür in der strukturellen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus, die immer wieder zu Ungleichgewichten, Zusammenbrüchen, Inflation und anderen Katastrophen führt.⁵¹ Aber nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln und das damit verbundene Profitstreben sind die Ursachen wirtschaftlicher Ungleichgewichte und Katastrophen, sondern die Eigengesetzlichkeiten der Wirtschaft schlechthin.⁵² Die wichtigsten sind:

Die Unvorhersehbarkeit menschlichen Verhaltens

Das Produzieren und Anbieten von Waren und Dienstleistungen ist stets mit Unsicherheit behaftet. Kein Produzent kann im Vorhinein sagen, welche und wie viele Güter in welcher Qualität von den Nachfragern, seien es private Haushalte, seien es Unternehmen, tatsächlich gekauft wer-

len Workshop «Aussichten für den europäischen Wohlfahrtsstaat» in Frankfurt/Oder, 13.–14. Oktober 2003, organisiert von Transform (Ms).

51 So Klaus-Jürgen Scherer: «SPD und Kapitalismus – verbessern und/oder transformieren?», in: *perspektivends*, Heft 1/2022, S.106 in Erwiderung auf meine zehn Thesen «Kapitalismus und SPD» im selben Heft.

52 Die Eigengesetzlichkeiten des Wirtschaftsablaufs wie Aufschwung und Krise sowie der Strukturwandel werden ausführlich erläutert in Hermann Adam: *Bausteine der Wirtschaft*, 16. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 63 ff.

den. Zwar versuchen die Unternehmen, über Marktforschung vorab herauszufinden, welche Güter und Dienstleistungen «ankommen». Auch nutzen sie die Werbung, um alle potenziellen Kunden davon zu überzeugen, dass sie die angebotenen Waren tatsächlich brauchen. Doch letztlich handelt es sich bei Kaufentscheidungen um menschliches Verhalten, das von so vielen Faktoren beeinflusst wird, dass es nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann.

Schon Wirtschaftsprognosen über mehr als ein Jahr liegen meist daneben. Wenn Marktforscher zukünftiges Käuferverhalten voraussagen könnten, würde kein Unternehmen an den Kundenwünschen vorbei produzieren und dann auf seinen Waren «sitzenbleiben». Das kostet nämlich Profit und bedeutet langfristig Konkurs (siehe dazu den Exkurs: Der «manipulierte» Mensch im Kapitalismus?).

Exkurs

Der «manipulierte» Mensch im Kapitalismus?

Eine der Kernthesen der 68er-Studentenbewegung war die Behauptung, im Kapitalismus würden den Menschen durch suggestive Konsumwerbung falsche Bedürfnisse eingeredet. Dadurch würden sie davon abgelenkt, ihre «wahren» Bedürfnisse zu erkennen.¹

Niemand bezweifelt, dass die Werbung oft den Waren einen Nutzen unterschiebt, den sie gar nicht bieten (Beispiele: Ein Rasierwasser soll einem Mann Erfolg beim anderen Geschlecht garantieren, ein Waschmittel soll der Mutter die Liebe ihrer Kinder sichern). Laut Medienwirkungsforschung ist die Wirkung von Werbung aber ein sehr vielschichtiger Prozess. So wird eine Werbebot-

schaft vom Empfänger durch eine Vielzahl von Faktoren gefiltert, z. B. durch selektive Wahrnehmung oder die Einflüsse von Bezugsgruppen auf das Denken und Handeln von Menschen. Werbung kann deshalb bei Menschen keine völlig neuen Bedürfnisse wecken, sondern nur latent vorhandene Bedürfnisse aktivieren und verstärken.²

- 1 Diese These hatten die 68er von dem amerikanischen Soziologen Herbert Marcuse übernommen. Vgl. Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Gesellschaft*, Ausgabe Deutscher Taschenbuch Verlag, 3. Aufl., München 1998, S. 26.
- 2 Vgl. Joseph T. Klapper: *The Effects of Mass Communication*, Glencoe 1960 und die Zusammenfassung des Werkes von Klapper bei Michael Schenk: «The Effects of Mass Communication von Joseph T. Klapper (1960)», in: Matthias Potthoff (Hg.): *Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung*, Wiesbaden 2016, S. 85 ff.

.....

Nicht einmal im engsten privaten Kreis ist die benötigte Angebotsmenge kalkulierbar. Wer beispielsweise zu einer Party einlädt, wird am Ende fast immer feststellen: Von manchem Essen und von einigen Getränken ist zu viel, von anderem wiederum zu wenig eingekauft worden. Folge: Das Verhalten der Menschen und damit die künftige Wirtschaftsentwicklung werden immer mal wieder falsch eingeschätzt, und es kommt entweder zu Überproduktion und Absatzkrisen oder auch zum Gegenteil, zu Güterknappheit.

Wenn aber weder Marktforschungsinstitute, noch die entsprechenden Abteilungen der Unternehmen imstande sind, die künftige Nachfrage exakt vorausszusagen⁵³, dann können verstaatlichte oder ver-

gesellschaftete Unternehmen oder eine staatliche Planbehörde es auch nicht. Fehleinschätzungen künftiger Nachfrage sind daher kein spezifisches Phänomen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Unterschiedlich sind nur die politischen Reaktionen auf Überproduktion und Mangel sowie auf Arbeitslosigkeit.

In der Marktwirtschaft werden die Arbeitslosen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesen. Zu dieser Zahl müssten noch diejenigen, die sich in Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen oder in subventionierten Beschäftigungsverhältnissen (z. B. Vorruhestand oder Kurzarbeit) befinden, dazugerechnet werden. Außerdem wäre die sog. «stille Reserve» zu berücksichtigen, z. B. Personen, die gerne erwerbstätig wären, aber keine Chancen auf einen Arbeitsplatz sehen und die Suche aufgegeben haben, aber auch Frauen, die nach der Kindererziehungsphase keine Leistungsansprüche haben und deshalb nicht in der Statistik erscheinen. Für das Jahr 2006 wurde diese «verdeckte Arbeitslosigkeit» in Deutschland auf 1,4 Millionen Personen geschätzt.⁵⁴

In der sozialistischen Planwirtschaft der ehemaligen DDR gab es keine statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit. Denn es war der ideologische Anspruch zu demonstrieren, dass Arbeitslosigkeit nur im Kapitalismus auftritt. Eine im ökonomischen Sinne verdeckte Arbeitslosigkeit gab es jedoch ebenfalls: zahlreiche Personen, die keine Aufgabe im Betrieb hat-

halb verfallen werden. Vgl. «Corona in Deutschland: Rund 4,6 Milliarden Impfdosen verfallen». *Der Spiegel*, 2.10.2022.

54 Vgl. Brigitte Weber / Johann Fuchs: «Verdeckte Arbeitslosigkeit in Deutschland. Umfang, Struktur und Entwicklung», in: *Gesundheits- und Sozialpolitik*, Heft 9/10-2007, S. 48.

53 Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist die Anschaffung von Corona-Impfstoffen, von denen rund 4,6 Millionen Dosen nicht abgerufen wurden und die des-

ten, aber trotzdem ihren Job behielten, bis sie in einen anderen Betrieb versetzt wurden, wo sie tatsächlich gebraucht wurden. Nach Schätzungen betrug diese verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR kurz vor der Wende etwa 1,4 Millionen Personen (15 % der Beschäftigten).⁵⁵

Probleme der DDR-Wirtschaft wurden nicht Krisen oder Zusammenbruch genannt. Das sind Vokabeln, die die Kapitalismuskritiker für die Erscheinungen im Kapitalismus verwenden! Die SED-Ökonomen sprachen vielmehr von Disproportionen, deutlichen Effektivitätsverlusten oder Mangelercheinungen im Angebot. Und am grundlegenden Einmaleins jeder Wirtschaft kamen auch die DDR-Sozialisten nicht vorbei. So hieß es im letzten Bericht an das SED-Politbüro zur Wirtschaftslage: «Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele [...] müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.»⁵⁶ Mit anderen Worten: Was gesellschaftspolitisch wünschenswert ist, kann immer nur im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen verwirklicht werden.

Der Strukturwandel

Ein weiterer Grund, warum die Wirtschaftsentwicklung nie krisenfrei verläuft,

55 Vgl. Kurt Vogler-Ludwig: «Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR», in: *Ifo-Schnelldienst* Nr. 24/1990, S. 3 ff.

56 Gerhard Schürer / Gerhard Beil / Alexander Schalck / Ernst Höfner / Arno Donda: *Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen*, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989, Abschrift S. 7. Gerhard Schürer war von 1965 bis 1989 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

ist der Strukturwandel. Bei steigenden Realeinkommen der Bevölkerung verändert sich die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln wächst unterproportional, die nach Industrieerzeugnissen zunächst überproportional, später unterproportional. Je wohlhabender eine Gesellschaft wird, desto größer wird die Nachfrage nach Dienstleistungen. Diese Veränderung der Ausgabenstruktur führt zu einer anderen Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur: In der Landwirtschaft werden immer weniger Menschen beschäftigt, in der Industrie steigt zunächst die Beschäftigung, später sinkt sie. Im Dienstleistungssektor steigt dagegen die Zahl der Arbeitsplätze. Auch hier ist der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und der Industrie keine Folge des privatwirtschaftlichen Profitstrebens, sondern das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung.

Der technologische Wandel

Technische Erfindungen bringen immer wieder neue Produkte hervor, bei denen niemand vorab weiß, ob die Menschen daran Gefallen finden. In aller Regel führen technologische Innovationen zu höherer Arbeitsproduktivität, die die Arbeit der Menschen effektiver macht. Dann kann in der gleichen Arbeitszeit mehr produziert werden als vorher. Das bedingt einerseits den Verlust von Arbeitsplätzen, andererseits entstehen aber auch neue. Beispiel: Der Einsatz von Elektroloks bei der Eisenbahn hat die Heizer überflüssig gemacht. Um E-Loks einsetzen zu können, mussten aber die Bahnstrecken elektrifiziert werden. Das wiederum schuf neue Arbeitsplätze.

Technisch bedingte Kapazitätsengpässe und -sprünge

Ein weiterer Grund für das Entstehen von Marktungleichgewichten ist die bei vielen Produkten kurzfristig nicht veränderbare Angebotsmenge. Jedes Unternehmen kann mit seinen Maschinen und seinen Beschäftigten nur eine bestimmte Menge an Waren produzieren. Eine kurzfristige Erhöhung des Warenausstoßes ist nur begrenzt möglich, etwa durch Überstunden der Beschäftigten, sofern das dafür benötigte Rohmaterial verfügbar ist.

Will ein Unternehmen seine Produktion dauerhaft steigern, braucht es zusätzliche Maschinen, muss also investieren. Und es muss zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und mehr Vorprodukte einkaufen. Sobald die Betriebserweiterung abgeschlossen ist, steigt die Produktion und damit das Angebot – technisch bedingt – sprunghaft. Wenn etwa ein Bäcker, der bisher nur einen Backofen hatte, einen zweiten anschafft, kann er doppelt so viele Brötchen backen. Dasselbe gilt natürlich auch für große Industriebetriebe, wenn sie eine weitere Montagehalle oder gar ein ganzes Zweigwerk errichten. Dann kann es sogar zeitweise zu einer Überproduktion kommen, bis der erweiterte Betrieb in seine zusätzlichen Kapazitäten «hineingewachsen» (d. h. bis die Nachfrage entsprechend gestiegen) ist.⁵⁷

57 Das Problem der Zeitverzögerung bei der Erhöhung des Angebots auf einem Markt und der anschließende sprunghafte Anstieg des Angebots wird in der Wirtschaftswissenschaft als Schweinezyklus bezeichnet. Wenn die Nachfrage nach Schweinefleisch steigt, kann das Angebot kurzfristig nicht erhöht werden, weil die Ferkel erst geboren und aufgezogen werden müssen. In der Landwirtschaft sind die Zeitverzögerungen naturbedingt, in der Industrie technikbedingt. Zum

Zwischenfazit

Wegen der systemunabhängigen Eigen-gesetzlichkeiten der Wirtschaft kommt es immer wieder zu Krisen. Sie sind eine natürliche Begleiterscheinung des Wirtschaftens schlechthin. Wirtschaftskrisen treten auch nicht erst auf, seit es den Kapitalismus gibt. Sie sind vielmehr aus der gesamten überlieferten Geschichte bekannt und in ihren Ursachen und Erscheinungsformen ausgesprochen vielfältig.⁵⁸ Die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff haben in ihrem bekannten Werk acht Jahrhunderte Finanzkrisen beschrieben⁵⁹, also bis weit vor Beginn des Industriekapitalismus zurückreichend. Immerwährende Prosperität ist daher ein Traum, der bisher für die Menschheit nicht in Erfüllung gegangen ist.⁶⁰

Gesellschaft ohne Unterschicht?

Wenn der ständige Wechsel zwischen Überproduktion und Knappheit in der Wirtschaft so normal ist wie in der Natur Sonnenschein und Regen und von der Po-

Schweinezyklus siehe Arthur Hanau: *Die Prognose der Schweinepreise*, Berlin 1928. Ein typischer Markt, der nach dem Muster eines Schweinezyklus funktioniert, ist auch der Wohnungsmarkt.

58 Vgl. Werner Plumpe: «Wirtschaftskrisen – Phänomenologie, Diagnose, Therapie im wirtschaftshistorischen Wandel», in: Frank Bösch / Nicole Deitelhoff / Stefan Kroll (Hg.): *Handbuch Krisenforschung*, Wiesbaden 2020, S. 155 ff.

59 Carmen M. Reinhart / Kenneth S. Rogoff: *Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, 4. Aufl., München 2011.

60 Vgl. dazu die Analyse von Burkhart Lutz: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. / New York 1989.

litik nicht vermieden, sondern allenfalls in seinen Folgen abgemildert werden kann, stellt sich die Grundsatzfrage: Welche Folgen ergeben sich daraus für die Gesellschaft und die Demokratie?

Bei geringen Wachstumsraten oder gar bei Stagnation oder Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts können nicht alle im Fahrstuhl nach oben fahren wie in der Schönwetterperiode bis Mitte der 1970er-Jahre. Folge: Es gibt in jeder Gesellschaft Gewinner und Verlierer. Das führt zu politischem Verdruss, und das muss als Normalzustand der Demokratie angesehen werden.⁶¹ Dabei ist es für die politischen Reaktionen nicht entscheidend, ob jemand objektiv zu den Verlierern gehört. Ausschlaggebend ist, ob jemand sich subjektiv als Verlierer fühlt oder befürchtet, in Zukunft zu den Verlierern zu gehören.

Menschen vergleichen ihre eigene sozio-ökonomische Lage nicht mit der eines DAX-Vorstandes oder eines Bundesligafußballers, sondern mit ihrem unmittelbaren, persönlich erlebbaren Umfeld.⁶² Ob die Einkommen der Spitzenverdiener 200- oder 400-mal höher sind als das eigene, wird weniger als Problem empfunden, als wenn jemand im Freundes-, Nachbar-, Bekannten- oder Kollegenkreis aufsteigt, man selbst aber absteigt. Es geht den Menschen vorrangig um die Bewahrung ihres

sozialen Status im Verhältnis zu ihrer unmittelbaren Umgebung.⁶³

Genau hier liegt das Problem einer sich ständig und schnell wandelnden Gesellschaft. Der Wohlfahrtsstaat kann nicht allen den einmal erreichten sozialen Status garantieren, sondern langfristig nur das (politisch definierte) soziale Existenzminimum in Form der Grundsicherung. Und anders als früher, wo nur die Angelernten und schlecht Ausgebildeten von Armut betroffen waren, sind heute auch Angehörige der Mittel-, manchmal sogar der Oberschicht, von sozialem Abstieg betroffen. Dementsprechend werden schon seit längerem auch diese Schichten von der Abstiegsangst erfasst.⁶⁴

Viele erwarten aber von der Politik, dass sie allen Menschen den einmal erreichten sozialen Status sichert, sie «wollen von der Politik behütet und geborgen sein».⁶⁵ Der

61 Vgl. Susanne Schüttemeyer: «Repräsentative Demokratie und politische Partizipation», in: Astrid Lorenz / Christian Pieter Hoffmann / Uwe Hirschfeld (Hg.): *Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten*, Wiesbaden 2020, S. 186.

62 Zum Statuswettbewerb siehe Lucia Reisch: *Status und Position. Kritische Analyse eines sozioökonomischen Leitbildes*, Wiesbaden 1995. – Frank Nullmeier: *Theorie des Sozialstaats*, Frankfurt a.M./New York 2000.

63 Wie sehr alle Menschen nach Status streben – selbst die, die versuchen, sich in alternativen Subkulturen dem Statusdenken zu entziehen, beschrieb jüngst W. David Marx: *Status and Culture. How Our Desire for Social Rank Creates Taste, Identity, Art, Fashion, and Constant Change*, New York 2022. Auch der Soziologe Hartmut Rosa sieht im Verhalten der Menschen, sich mit anderen zu vergleichen und sich in seinen Eigenschaften und Errungenschaften mit anderen zu messen, eine anthropologische Grundeigenschaft. Siehe Hartmut Rosa: «Wettbewerb als Interaktionsmodus: Kulturelle und sozialstrukturelle Konsequenzen der Wettbewerbsgesellschaft», in: *Leviathan*, Heft 1/2006, S. 84.

64 Vgl. Holger Lengfeld / Jochen Hirschle: «Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984 bis 2007», in: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 5/2009, S. 379 ff. – Holger Lengfeld / Jessica Ordemann: *Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg revisited. Eine Längsschnittanalyse 1984 bis 2014*, SOEP-papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Berlin 2016. – Auch Manager haben Angst vor dem sozialen Abstieg, in: *Handelsblatt*, 23.2.2018.

65 So der Sozialwissenschaftler Jérémie Gagné in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am

Wohlfahrtsstaat ist aber keine Vollkasko-, sondern nur eine Teilkaskoversicherung! Nicht der Heizer auf der E-Lok, wie ihn die britischen Gewerkschaften einst durchgesetzt haben (d. h. Job- und Statussicherung trotz evidenten Wegfalls des Arbeitsplatzes), sondern der flexible, regional mobile und zur Umschulung und Weiterbildung bereite Arbeitnehmer ist das Leitbild des modernen, aktivierenden Sozialstaats.⁶⁶

Wenn jedoch der moderne Sozialstaat denjenigen, die längere Zeit oder auf Dauer nicht am Erwerbsleben teilnehmen, lediglich das soziale Existenzminimum garantieren kann, wird es in jeder Gesellschaft einen bestimmten Prozentsatz von Personen geben, die arm sind. So waren selbst in der Phase der Vollbeschäftigung in der alten Bundesrepublik mehrere Millionen Menschen arm, d. h. sie verfügten über weniger als 50% des Durchschnittseinkommens. Zwar ging die Zahl der Armen von 8,4 Millionen (1963) auf 3,1 Millionen (1973) zurück. Mit der ersten Ölkrise und wieder wachsender Arbeitslosigkeit stieg sie aber bis 1983 wieder auf 3,7 Millionen an, was

30.8.2018, abrufbar unter «Die Furcht vor sozialem Abstieg unabhängig von Status» – Politik – SZ.de (sueddeutsche.de)

66 Vgl. Irene Dingledey: *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland*, Frankfurt a. M. 2011. – Das von der SPD im Bundestagswahlkampf 2017 vorgeschlagene Arbeitslosengeld Q, aber auch das im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbarte Bürgergeld mit seinen vorgesehenen Hilfen zur nachhaltigen Integration Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt unterstreicht dieses Verständnis vom Wohlfahrtsstaat: Jeder hat nach besten Kräften zur Erstellung des Bruttoinlandsprodukts beizutragen, also einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, und alle sind verpflichtet, sich bei Arbeitslosigkeit um Arbeit zu bemühen und sich ggf. umschulen zu lassen, um den Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden zu können.

einer Armutsquote von sieben Prozent entsprach.⁶⁷ Selbst in Schweden – dem sozialdemokratischen Musterland – hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit stark zugenommen. 1994 bezogen mehr als 700.000 Schweden, das waren mehr als acht Prozent der Bevölkerung, zumindest teilweise Sozialhilfe.⁶⁸ In letzter Zeit haben sich die Armutsgefährdungsquoten von Deutschland und Schweden sogar angenähert. Laut Eurostat waren 2019, dem letzten Jahr vor Corona, in Deutschland 15,4% der erwachsenen Bevölkerung, in Schweden 15,6% armutsgefährdet.⁶⁹

Selbst in der ehemaligen DDR, die beanspruchte, eine egalitäre, homogene Gesellschaft zu sein, gab es einerseits Millionäre⁷⁰ und andererseits eine nicht un-

67 Vgl. Richard Hauser / Peter Semrau: Zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1963 bis 1986, in: *Sozialer Fortschritt*, Heft 2/1990, S. 32. – Zur Armut in den 1970er-Jahren siehe auch Siegmars Mosdorf: «Neue Soziale Frage: die Kehrseite des Gewerkschaftsstaates? Armutsstudie zur empirischen Absicherung einer Theorie», in: *WSI Mitteilungen*, Heft 8/1976, S. 15 ff. und die dort zitierten Studien.

68 Vgl. Petra Buhr: «Vorbild Schweden? – Armut und Sozialhilfe in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten», in: *Leviathan*, Heft 6/1999, S. 227.

69 Eine Person gilt nach der EU-Definition als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. 2021 galten in Deutschland laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 327 vom 4.8.2022 rund 13 Millionen Menschen als armutsgefährdet. Das waren 15,8% der deutschen Bevölkerung. Die Armutsgefährdungsquote misst nicht die absolute, sondern die relative Armut bzw. das Ausmaß der Ungleichheit: Wie viele Personen haben um mehr als 40% weniger Einkommen als der Durchschnitt. Hätten alle ein doppelt so hohes Einkommen, ergäbe sich die gleiche Armutsgefährdungsquote!

70 Bei der Währungsumstellung hatte die Bundesbank immerhin fast 100 Konten vorgefunden

erhebliche Zahl von Menschen unterhalb der Armutsgrenze.⁷¹ Insbesondere allein-stehende Rentnerinnen und Familien mit vier und mehr Kindern waren zu einem großen Teil von Armut betroffen und lebten in prekären Wohnverhältnissen.⁷² Gleichzeitig nutzten andere DDR-Bürger, wenn sie z. B. Künstler, Spitzensportler oder Handwerker waren und die Möglichkeit dazu hatten, sich mit Statussymbolen von anderen abzuheben – und sei es auch nur durch ein Anbauteil für den Trabi oder einen Spoiler für den Wartburg. Das unterstreicht, wie sehr der Statuswettbewerb in der menschlichen Natur verankert ist (s. o.).

Demokratie als Legitimation der politischen Elite

Was bedeutet es für die Demokratie, wenn es in der Gesellschaft stets Gewinner und Verlierer gibt? Dann wird ein bestimmter Prozentsatz von Menschen immer entweder Rand- bzw. Protestparteien unterstützen, je nach persönlicher Disposition an Demonstrationen gegen «die da oben» teilnehmen und/oder sich von der politischen Teilnahme verabschieden und nicht mehr zur Wahl gehen. Das ist keine bahnbrechende, neue Erkenntnis. Bereits 1967

mit einem Sparguthaben von über einer Million Mark. Siehe Jens Gieseke im Gespräch mit Kathrin Hondl am 01.05.2019 im Deutschlandfunk, abrufbar unter: REICHTUMSFORSCHUNG – DIE REICHEN IN DER DDR, deutschlandfunk.de (24.10.2022).

71 Vgl. Jens Gieseke: «Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze», in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Heft 2/2013, S. 171 ff.

72 Vgl. Christoph Lorke: «Von Anstand und Liederlichkeit. Armut und ihre Wahrnehmung in der DDR», in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Heft 2/2013, S. 199 ff.

hat Erwin K. Scheuch Rechtsradikalismus als «normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften»⁷³ bezeichnet.

Die Folgen für das Parteiensystem, die Koalitionsbildung und die Steuerungsfähigkeit von Regierungen wurden in diesem Beitrag hinlänglich beschrieben. Die Erfahrung, durch die Stimmabgabe wenig Einfluss darauf zu haben, wer regiert, sowie die Angst vor sozialem Abstieg haben bei vielen Menschen zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie geführt. 54% der Wahlberechtigten gaben 2019 an, weniger oder überhaupt nicht mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden zu sein, nur noch 47% äußerten sich alles in allem sehr oder ziemlich zufrieden.⁷⁴ Besonders unzufrieden waren die Arbeiter-/Unterschicht und die Personen mit niedriger Bildung. Die Demokratie hat sich zu einem Regierungssystem entwickelt, mit dem sich die Unterschicht weniger identifiziert als die Mittel- und Oberschicht. Da läge die Schlussfolgerung nahe, die Einflussmöglichkeiten durch mehr direkte Demokratie zu verbessern.

Doch das wäre ein Irrweg! Bei Volksabstimmungen würden die politischen Entscheidungen noch mehr zugunsten der Mittel- und Oberschicht ausfallen, wie die Erfahrungen in der Schweiz, aber auch in deutschen Bundesländern belegen.⁷⁵ Denn

73 Erwin K. Scheuch: «Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften», in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 1967, S. 15.

74 Ausführlich hierzu Frank Decker / Volker Best / Sandra Fischer / Anne Küppers: *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019, S. 30 ff.

75 Für die Schweiz siehe Uwe Wagschal: «Diskurs oder Machtpolitik? Welche Interessen setzen

an Volksabstimmungen beteiligen sich die unterprivilegierten Schichten noch weniger als an den regulären Wahlen in repräsentativen Demokratien. Die sozial selektive Verzerrung würde sich also bei direkter Demokratie noch verstärken.⁷⁶ Fazit aus diesen Befunden: Die häufig an die Demokratie gestellte Erwartung, nämlich: Jeder soll mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können, ist ein Ideal, das sich in der Praxis nicht umsetzen lässt (allenfalls auf kommunaler Ebene). Das Team, das im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie über die Demokratiezufriedenheit in Deutschland erstellt hat, formulierte die Gründe dafür so:

«Die zu einer effektiven demokratischen Beteiligung nötige politische Urteilskraft zu entwickeln, fällt Bürgern in Zeiten einer durch Globalisierung und Europäisierung gestiegenen Komplexität politischer Sachverhalte immer schwerer. Die hierfür indivi-

sich in der Direktdemokratie am erfolgreichsten durch?» und Julia Moser / Herbert Obinger: «Schlaraffenland auf Erden? Auswirkungen von Volksentscheiden auf die Sozialpolitik», beide in: Markus Freitag / Uwe Wagschal (Hg.): *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Berlin 2007, S. 303 ff. und S. 331 ff. – Für das Beispiel der gescheiterten Hamburger Schulreform, mit der die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder verbessert werden sollten, siehe Annette Elisabeth Töller / Sylvia Pannowitsch / Céline Kuscheck / Christian Mennrich: «Direkte Demokratie und Schulpolitik. Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform», in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3/2011, S. 503 ff.

76 Ähnlich Wolfgang Merkel: *Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis*, Studie der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt a.M. 2015, S. 24 ff. – Ebenso Anna Kern / Marc Hooghe: «The Effect of Direct Democracy on the Stratification of Political Participation. Inequality in Democratic Fatigue?», in: *Comparative European Politics*, Heft 4/2018, S. 724 ff.

duell aufwendbaren zeitlichen Ressourcen sind durch die wachsende Arbeitsbelastung eher zurückgegangen. Gleichzeitig eröffnen sich immer neue Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Im Ergebnis erscheint die Beschäftigung mit Politik alles andere als alternativlos.»⁷⁷

Ein universelles Interesse aller Menschen für Politik gibt es nicht⁷⁸, und auch die politisch Engagierten müssen sich darüber im Klaren sein: Wegen der «Komplexität der politischen Sachverhalte» (s.o.), aber auch wegen des begrenzten Zeitbudgets eines jeden einzelnen können politische Ideen und Konzepte nicht von der Basis erarbeitet werden. Sie werden vielmehr in der Ministerialbürokratie und in den diversen Think-Tanks entwickelt. So wurden je nach betrachteter Legislaturperiode zwei Drittel bis zu 90% aller verabschiedeten Gesetze in den zuständigen Fachministerien ausgearbeitet und von der Regierung in den Bundestag eingebracht.⁷⁹ Anders geht es gar nicht! In den Ministerien ist die notwenige Expertise vorhanden bzw. ein Ministerium kann sie von Externen, z.B. von wissenschaftlichen Instituten, einholen. Über viel Expertise verfügen in der Regel auch die Interessenverbände, deren Vertreter deshalb frühzeitig bei der Vorbereitung von Gesetzen einbezogen werden.

Auch wenn man sich etwas anderes wünschen mag: Eine politische Willensbildung von unten nach oben (Basisdemo-

77 Frank Decker u.a.: a.a.O., S. 15. – Ähnlich schon Fritz W. Scharpf: *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 57 ff.

78 So auch Fritz W. Scharpf: *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 57.

79 Vgl. Florian Grotz / Wolfgang Schroeder: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2021, S. 254.

kratie) kann in der Praxis nicht stattfinden. Insoweit ist auch die Demokratie eine Herrschaftsordnung⁸⁰: Die politischen Entscheidungen werden von einer politischen Elite, also von Menschen, die Politik zu ihrem Beruf gemacht haben, vorbereitet. Das Volk überträgt durch die Wahl dem Parlament die Befugnis, die von der politischen Elite ausgearbeiteten Gesetze zu legitimieren. Zwar verlässt kein Gesetz den Bundestag so, wie es eingebracht worden ist (Strucksches Gesetz⁸¹). In den parlamentarischen Beratungen wird aber (Ausnahmen bestätigen die Regel) nicht die grundsätzliche politische Richtung eines Gesetzes verändert. Agenda-Setter und zentral steuernde Instanz ist die Regierung, die dafür einen großen Apparat im Rücken hat.

Ebenso wenig treffen die Parteien die politischen Entscheidungen. Sie wirken laut Art. 21 GG lediglich bei der politischen Willensbildung mit. Aufgabe der Regierungsparteien ist es, hinter der Regierung zu stehen, sie im Amt zu halten⁸² und die politischen Entscheidungen dem Volk zu erläutern und zu begründen. Manche Aktive vor allem in der SPD und bei den Grünen möchten jedoch über Parteitagsbeschlüsse während einer laufenden Legisla-

turperiode die Regierung zu konkreten Entscheidungen zwingen und eine Art «imperatives Mandat» wie in einem Räte-system praktizieren.⁸³

Das widerspricht jedoch der Funktionslogik eines repräsentativen parlamentarischen Regierungssystems (siehe dazu den Exkurs «Die Rolle der Regierungsparteien / en im parlamentarischen System»). Denn repräsentative Demokratie bedeutet: Die Abgeordneten handeln ohne bindenden Auftrag des Volkes⁸⁴, sind also auch nicht Vollstrecker von Parteitagsbeschlüssen.

Exkurs Die Rolle der Regierungspartei(en) im parlamentarischen System

Im parlamentarischen Regierungssystem steht nicht das gesamte Parlament als Kontrollinstanz der Regierung gegenüber, sondern nur die Partei(en) der Opposition. Die Regierungspartei(en), die den Kanzler wählen, verschmelzen vielmehr mit der Regierung zu einer Handlungseinheit, die die Regierung im Amt hält, sie unterstützt und verteidigt («Neuer Dualismus»).

80 So bereits Manfred Hättich: *Demokratie als Herrschaftsordnung*, Köln und Opladen 1967.

81 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): *Der Weg eines Gesetzes*, Archiv, abrufbar unter Deutscher Bundestag – Der Weg eines Gesetzes.

82 Dies wird als «neuer Dualismus» im parlamentarischen Regierungssystem bezeichnet. Auf der Website des Deutschen Bundestages findet sich eine ausführliche Erläuterung dieses neuen Dualismus, ebenso bei der Bundeszentrale für politische Bildung im Text von Susanne S. Schüttemeyer: *Die Logik der parlamentarischen Demokratie*, Bonn 2019, siehe die BpB-Website Die Logik der parlamentarischen Demokratie, bpb.de. Schüttemeyer beschreibt klar auch die machthematische Wirkung des «neuen Dualismus».

83 Im derzeit gültigen Hamburger Programm der SPD von 2007 steht zur Rolle der Parteien: «Sie transportieren im politischen Willensbildungsprozess die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in die jeweiligen Entscheidungs- und Handlungsebenen unseres Gemeinwesens.» Von politischer Entscheidungskompetenz von Parteiorganen ist nicht die Rede! Siehe SPD-Parteivorstand (Hg.): «Hamburger Programm der SPD, beschlossen auf dem Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007», S.11 (Abschnitt «Demokratie und Politik»).

84 Vgl. Ernst Frankel: «Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat», in: ders.: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 3. Aufl., Stuttgart 1968, S. 81.

Am deutlichsten kommt dies in der Sitzordnung im englischen Unterhaus zum Ausdruck. Dort sitzt die Regierung, vom Speaker aus gesehen, auf der rechten Seite des Parlaments, und alle Abgeordneten der die Regierung stützenden Partei sitzen hinter ihr. Die Oppositionspartei hat ihre Plätze links vom Speaker, der Regierung genau gegenüber.

Die Regierungspartei(en) hat/haben somit nach der Logik des parlamentarischen Systems letztlich die Funktion einer verlängerten PR-Abteilung der Regierung. Infolgedessen wird dem englischen Unterhaus vom Klassiker der Analyse des englischen Regierungssystems, Walter Bagehot, die «teaching function» als eine von fünf Funktionen zuerkannt: Also nicht das Volk «erzieht» seine Politiker, wie es sich die Anhänger von Basisdemokratie wünschen, sondern die Politiker belehren ihr Volk über das, was es nicht weiß.

Die Gesetzgebung rangiert bei Bagehot als letzte von fünf Funktionen. Sie ist damit die unwichtigste Aufgabe des Parlaments, weil Gesetze von der Ministerialbürokratie formuliert und vom Parlament lediglich legitimiert werden.

1 Vgl. Walter Bagehot: *The English Constitution*, Reprint London 1963, S. 117. (deutsche Ausgabe: *Die englische Verfassung*, Neuwied und Berlin 1971, S. 138).

Protestdemonstrationen oder Kundgebungen, die in der Demokratie ausdrücklich zugelassen sind, können und dürfen ebenso wenig politische Entscheidungen erzwingen. Proteste sollen vielmehr lediglich bestimmte Anliegen von Teilgruppen öffentlich kommunizieren und soziale Ängste, Hoffnungen und Erwartungen artikulieren. Für die Teilnehmer mögen der-

artige Veranstaltungen häufig sinnstiftend sein, weil sie ein Gemeinschaftserlebnis bieten und das Gefühl vermitteln, etwas Wichtiges getan zu haben. Politische Ziele konnten soziale Bewegungen mit ihren Protesten allerdings nur selten durchsetzen.⁸⁵ Insofern sind Demonstrationen Teil der vielfältigen Ventilsitten⁸⁶, die es den Bürgern in Demokratien ermöglichen, Wut und Aggressionen abzureagieren, ohne dass dadurch die gesellschaftliche Ordnung ins Wanken gerät.

Bürgerräte – eine Lösung?

Zur Überwindung der Kluft zwischen den politischen Eliten und den «einfachen» Bürgern wurden in letzter Zeit sog. Konsultative⁸⁷ bzw. Zukunfts- oder Bürgerräte⁸⁸ vorgeschlagen. Sie sollen Beratungsorgane sein, die Lösungsvorschläge ausarbeiten und diese dem zuständigen Parlament auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- oder auch su-

85 Vgl. dazu Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2019, S.272 ff. – Auch die SPD hat wichtige Teile ihrer sozialstaatlichen Ziele wie rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, Bildung von Betriebsräten, Acht-Stunden-Tag nicht aus der Opposition heraus, sondern erst nach Ende des Ersten Weltkrieges realisieren können, als sie in der Weimarer Republik die ersten Regierungen führte.

86 Der Begriff stammt von dem Soziologen Alfred Vierkandt. Vgl. Wilhelm Bernsdorff: «Stichwort ›Ventilsitten›», in: ders. (Hg.): *Wörterbuch der Soziologie*, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 1220.

87 Vgl. Patrizia Nanz / Claus Leggewie: *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016.

88 Auch der Koalitionsvertrag der Ampel kündigt an, Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren zu wollen. Siehe Kap. II: Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen.

pranationaler Ebene unterbreiten. Die politischen Instanzen sollen die Vorschläge diskutieren und dazu Stellung nehmen, müssen ihnen aber nicht folgen. Insofern wären diese Räte eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Das Neue an der Idee: Ihre Mitglieder sollen, anders als die üblichen Expertengremien, per Zufallsverfahren (Losentscheid) ausgewählt werden. Dadurch sollen die Bürgerräte ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung sein. Der fachliche Input zu dem Problem, für das die Bürgerräte Lösungen erarbeiten sollen, erfolgt durch Experten.

In der letzten Legislaturperiode wurden in einem wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt «Bürgerrat Demokratie» Vorschläge erarbeitet, «ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann.»⁸⁹ Doch trotz des Zufallsverfahren bei der Auswahl der Mitglieder gelang es nicht, die Bürgerräte repräsentativ zusammzusetzen. Personen mit Abitur bzw. Fachhochschulreife und überdurchschnittlich politisch Interessierte sowie in Parteien und/oder zivilgesellschaftlichen Organisationen Engagierte waren deutlich überrepräsentiert. Da keiner der zufällig ausgewählten Personen zur Mitarbeit gezwungen werden kann, wurden zu wenige Menschen aus dem Kreis derer rekrutiert, die sich sonst nicht für Politik interessieren.⁹⁰ Das Problem sozial selektiver politischer Partizipation konnte also nicht überwunden werden.

89 Vgl. *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD* vom 7.2.2018, Zeile 7770.

90 Brigitte Geißel / Rikki Dean / Stefan Jung / Bruno Wipfler: *Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation des Bürgerrats Demokratie*, Frankfurt a.M. 2019, S. 12 f.

Bemerkenswert sind jedoch die Bewertungen einzelner Teilnehmer am Projekt. Sie äußerten in der Nachbefragung: «Ich fühle mich politisiert. Bin interessierter als vorher. Fühle mich mehr als fähiger Teil der Gesellschaft und sehe besser als vorher eine Verantwortung mitzugestalten.» «Ja, durch mehr Wissen habe ich mehr Verständnis für die Politik und auch die Politiker bekommen. Mein Vertrauen in die Demokratie ist gewachsen.» «Seit der Teilnahme am Bürgerrat verspüre ich mehr Respekt für die Politiker und deren tägliches Ringen um Kompromisse.»⁹¹

Diese Aussagen bestätigen die These: Viele Bürger verkennen die Komplexität politischer und ökonomischer Zusammenhänge und glauben, die Probleme wären alle ganz einfach zu lösen. Aber lässt sich die Einsicht, dass vieles nicht so einfach ist, durch zeitaufwändige und kostenintensive Bürgerräte der gesamten Bevölkerung vermitteln? Und noch viel wichtiger: Würden die Demokratiekritiker und -skeptiker den Bürgerräten und ihren Lösungsvorschlägen mehr Vertrauen entgegenbringen als den gewählten Politikern?

Fazit: Kapitalismus und Demokratie als komplementäre Systeme

Folgende Thesen lassen sich aus der Analyse ableiten:

- Bei hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten gibt es reale Einkommensverbesserungen für alle (Fahrstuhleffekt). Die Wahlbeteiligung ist hoch und der Stimmenanteil der Randparteien niedrig. Es herrscht große Demokratiezufriedenheit.

91 Ebenda, S. 30.

- Hohe Wachstumsraten wie in den Anfangsjahren der alten Bundesrepublik sind heute nicht mehr erreichbar und aus ökologischen Gründen auch nicht mehr wünschenswert.
- Bei geringerem Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit sinkt die Wahlbeteiligung vor allem bei Menschen mit niedrigerem Einkommen und geringer Bildung. Rechte und linke Randparteien werden ins Parlament gewählt. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und das Vertrauen in die Politiker nimmt ab.
- Die Politik kann Wirtschaftskrisen und strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt nicht verhindern, sondern allenfalls abschwächen. Der Aufzug fährt dann nicht mehr für alle nach oben, sondern es gibt Gewinner und Verlierer (wie auch bei jeder demokratischen Wahl!).
- Der Wohlfahrtsstaat bietet keine Vollkasko-, sondern nur eine Teilkaskoversicherung. Soziale Sicherheit ist deshalb nicht als Garantie des einmal erreichten sozialen Status, sondern als Sicherung des sozialen Existenzminimums für alle zu verstehen.
- Gleichwohl gehören Kapitalismus und Demokratie untrennbar zusammen. Denn noch nie in der Menschheitsgeschichte ging es so vielen Menschen so gut.⁹² Lebten 1991 nach Angaben der Weltbank noch über 2 Milliarden Menschen (37,4% der Weltbevölkerung) in absoluter Armut (2,15 US-\$ pro Kopf,

Kaufkraftparität 2017), waren es 2019 nur noch 648 Millionen Menschen (8,4%). Und da derartigen Wohlstand, an dem zwar viele, aber nicht alle teilhaben, bisher allein der Kapitalismus zustande gebracht hat und Demokratie ohne Wohlstand auf Dauer nicht funktioniert, ergänzen sich beide.

- Diese These einer Komplementarität von Demokratie und Kapitalismus widerspricht früheren programmatischen Aussagen der SPD. Noch im Godesberger Programm von 1959 stand der auch in der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 zu findende Satz: «Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.»⁹³ In späteren Programmen der SPD, aber auch der Sozialistischen Internationale, taucht die Verschmelzung von Demokratie und Sozialismus zu einer Einheit nicht mehr auf, sondern die Rede ist nur noch von «Demokratischem Sozialismus» oder «sozialer Demokratie».
- Demokratie wurde von der SPD seit jeher nicht als «Volksdemokratie» mit dem Führungsanspruch nur einer Partei⁹⁴, sondern als politisches System verstanden,

92 Dies hat kürzlich der in den USA lehrende Ökonom Oded Galor in einem umfangreichen Werk eindrucksvoll herausgearbeitet. Vgl. Oded Galor: *The Journey of Humanity. Die Reise der Menschheit durch die Jahrtausende. Über die Entstehung von Wohlstand und Ungleichheit*, 2. Aufl., München 2022.

93 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Godesberger Parteitag 1959, abgedruckt in: Bundessekretariat der Jungsozialisten (Hg.): *Programme der deutschen Sozialdemokratie*, Hannover 1963, S. 188. – Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus. Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen in Frankfurt a. M. am 3. Juli 1951, abgedruckt in: ebenda, S. 106.

94 Zur Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Verständnis der Volksdemokratie siehe Hans Krenendahl: *Demokratischer Sozialismus versus sozialistische Demokratie*. Zur aktuellen Demokratiediskussion im demokratischen Sozialismus, in: Hannelore Horn / Alexander Schwan / Thomas Weingartner (Hg.): *Sozialismus in Theorie und Pra-*

in dem mehrere Parteien mit unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen um die politische Macht konkurrieren.⁹⁵ Mit diesem Bekenntnis zur Konkurrenzdemokratie wird die politische Entscheidung über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in die Hand der aus den Wahlen hervorgehenden politischen Mehrheit gelegt. So sieht es im Übrigen auch das Bundesverfassungsgericht in seinem 1954 ergangenen Urteil zum Investitionshilfegesetz (BverfGE 4,7 ff).

- Mit «Sozialismus» im Konzept des Demokratischen Sozialismus (bzw. der sozialen Demokratie) ist kein Wirtschaftssystem mit zentraler staatlicher Planung und weitgehend verstaatlichten Produktionsmitteln gemeint, sondern ein Mischsystem mit privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen, die autonom sind (d.h. keinen staatlich vorgegebenen Plan zu erfüllen haben) und die alle – unabhängig von der Eigentumsform – nach dem Prinzip der Minimalkostenkombination wirtschaften.⁹⁶ Mit «So-

xis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag, Berlin / New York 1978, S. 599 ff.

- 95 «Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen» (Godesberger Programm, a. a. O., S. 190) und «Die Demokratie erfordert die Daseinsberechtigung von mehr als einer Partei und das Recht auf Opposition» (Erklärung der Sozialistischen Internationale 1951, abgedruckt in: *Programme der deutschen Sozialdemokratie*, a. a. O., S. 107).
- 96 Das Minimalkostenprinzip ist Voraussetzung für effizientes Wirtschaften und damit für höchstmöglichen materiellen Wohlstand. Es soll auch für staatliche und genossenschaftliche Unternehmen gelten, die keine Gewinnerzielungsabsicht haben. Siehe Vorstand der SPD (Hg.): *Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985*, Bonn 1975, S. 43 (Abschnitt 2.6.2). Der Ori-

entierungsrahmen wurde vom Parteitag als Ergänzung des Godesberger Programms von 1959 und zur Abgrenzung zu den Beschlüssen des Juso-Bundeskongresses 1969 formuliert und vom Mannheimer Parteitag am 14.11.1975 beschlossen. Zur Diskussion siehe Peter von Oertzen / Horst Ehmke / Herbert Ehrenberg (Hg.): *Thema: Wirtschaftspolitik. Materialien zum Orientierungsrahmen 1975*, 1. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1975.

97 Näher dazu Hermann Adam: «Den Kapitalismus überwinden? Plädoyer für eine nüchterne Strategie», in *perspektivends*, Heft 1/2021, abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.17169/refubium-33101>.

98 Vgl. Gesine Schwan: *Demokratischer Sozialismus zwischen Wohlfahrtsstaat und Selbstverwaltung*, in: Hannelore Horn / Alexander Schwan / Thomas Weingartner (Hg.): *Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag*, Berlin / New York 1978, S. 573, 579 und 594 ff.

99 Zu den unterschiedlichen Modellen «sozialer Kapitalismus» oder «Demokratischer Sozialismus» siehe auch Hans-Hermann Hartwich: *Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status-quo*, Köln und Opladen 1970.

- Der ungezügelter Kapitalismus erzeugt allerdings große sozio-ökonomische Ungleichheiten. Damit untergräbt er den egalitären Anspruch der Demokratie, in der alle formal gleich sind (one man = one vote).
- Obwohl Demokratie und Kapitalismus zusammengehören, stehen sie in einem ständigen Spannungsverhältnis. Sie können nur miteinander koexistieren, wenn die Politik die sozio-ökonomischen Ungleichheiten begrenzt.¹⁰⁰ Hierin liegt die wichtigste Funktion der SPD. Sie kann sozialen Ausgleich im parlamentarischen Regierungssystem Deutschlands allerdings nur aus einer Position der politischen Mitte und – wie die letzten 70 Jahre gezeigt haben – in der Regel nur in lagerübergreifenden Koalitionen verfolgen. Insofern ist Demokratischer Sozialismus in der politischen Praxis immer «eine Politik des Kompromisses», die sich nicht mehr grundlegend, sondern nur noch graduell vom Liberalismus oder Konservatismus unterscheidet.¹⁰¹

Die Demokratie hat Fehler und Schwächen. Das hat keiner treffender formuliert

als Winston Churchill: «Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.»¹⁰² Niemand in der SPD käme auf die Idee, die Demokratie abzuschaffen, weil sie unvollkommen ist. Auch der Kapitalismus ist kein vollkommenes Wirtschaftssystem, sondern er hat neben seiner unbestreitbaren ökonomischen Effizienz auch Mängel und zahlreiche unerwünschte Nebenwirkungen. Deshalb liegt es nahe, über ihn genauso wie über die Demokratie zu sagen: Der Kapitalismus ist das schlechteste aller Wirtschaftssysteme, abgesehen von all den anderen, die man probiert hat.

Wünschenswert wäre, den Bürgern zu vermitteln, wie repräsentative Demokratie tatsächlich funktioniert, und nicht, wie sie idealerweise funktionieren sollte. Dabei wäre aber auch klar zu machen: Wirtschaftskrisen sind unvermeidlich. Deshalb kann es keine staatliche Garantie dafür geben, dass es für alle im Leben wirtschaftlich nur aufwärts geht. Unsicherheit und Ungewissheit über die Zukunft sind in der sich schnell verändernden Welt des 21. Jahrhunderts normal,¹⁰³ und in jedem menschlichen Leben gibt es Chancen und

100 Bei geringerer Ungleichheit der Einkommensverteilung wird eine Demokratie länger bestehen. Siehe Adam Przeworski / Michael Alvarez / José Antonio Cheibub: «What Makes Democracy Endure?», in: *Journal of Democracy*, Heft 1/1996, S. 43. Die segensreiche Wirkung einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung für alle Gesellschaften beschreiben Richard Wilkinson / Kate Pickett: *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, 2. Aufl., Berlin 2010.

101 Gesine Schwan: *Demokratischer Sozialismus zwischen Wohlfahrtsstaat und Selbstverwaltung*, a.a.O., S. 595 f. – Den Beitrag schrieb Gesine Schwan, als die SPD gerade eine Politik des Kompromisses mit der FDP in der sozial-liberalen Koalition betrieb!

102 Winston Churchill: Rede vor dem englischen Unterhaus am 11.11.1947. Originaltext: »Many forms of Government have been tried, and will be tried in this world of sin and woe. No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time»; *PARLIAMENT BILL*, HC Deb 11 November 1947 vol 444, cc206–207.

103 Siehe dazu die Analysen von Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft*, Frankfurt a.M. 2007 und Elmar Altvater / Brigit Mahnkopf: *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster 2002.

Risiken.¹⁰⁴ «Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden» heißt es im Berliner Grundsatzzprogramm der SPD von 1998 (Ab-

104 Hier wird nicht die liberale Auffassung vertreten, dass jeder seines Glückes Schmied ist! Es geht darum, dass der Staat nicht alle Krisen abwehren und auch nicht allen den einmal erreichten sozialen Status sichern kann.

schnitt V: Unser Weg in die Zukunft). Ein illusionsfreies Verständnis von Politik und Wirtschaft könnte die Erwartungen vieler (sicher nicht aller) Bürger an die Politik auf ein realistisches Maß reduzieren, damit Enttäuschungen vorbeugen und das Vertrauen in die Demokratie wieder herstellen. ■

Über den Autor:

Hermann Adam (*1948), Prof Dr. rer. pol., hat 40 Jahre als Honorarprofessor Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Ökonomie gelehrt. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a. Bausteine der Wirtschaft, 16. Aufl., Wiesbaden 2015 und Wirtschaftspolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2022. Mitherausgeber der perspektivends.